

HINWEISE ZUR DATENVERARBEITUNG

Die folgenden Informationen geben einen Überblick über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier (A.R.T.) und die Rechte, die sich ab dem 25.05.2018 aus der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) ergeben.

Der A.R.T. ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gemäß § 3 Landeskreislaufwirtschaftsgesetz (LKrWG) und erhebt Gebühren. Der A.R.T. hat die Aufgabe, innerhalb seines Entsorgungsgebietes, das dem Verbandsgebiet entspricht, entsprechend der gesetzlichen Vorgaben, Abfälle zu erfassen und zu entsorgen. Das Verbandsgebiet umfasst die Stadt Trier und die Landkreise Trier-Saarburg, Berncastel-Wittlich, Eifelkreis Bitburg-Prüm, und Landkreis Vulkaneifel. Weitere Aufgaben, die dem Verbandszweck dienlich sind, können übernommen werden.

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen und des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten lauten: Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier
Löwenbrückener Straße 13/14
54290 Trier
Email: info@art-trier.de
Telefon: 0651/9491-414

Die Kontaktdaten des betrieblichen Datenschutzbeauftragten:
Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier
Sascha Hahn
Löwenbrückener Straße 13/14
Email: s.hahn@art-trier.de
Telefon: 0651/9491-5070

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten

Es werden folgende Daten verarbeitet:

- Personendaten (Name, Vorname, ggfls. Firmenname)
- Adressdaten (Hausnummer, Straße, Postleitzahl, Ort)
- Kontaktdaten (Telefonnummer, Email-Adresse)
- Bankverbindung (bei Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats bzw. Erstattungen von Guthaben)
- vorgehaltene Behälterbestände, einschließlich Abhol- und Leerungsdaten
- Daten zu Insolvenzen (z.B. zur Insolvenzeröffnung)
- Daten zu Ordnungswidrigkeitenverfahren

3. Art und Zweck der Datenverarbeitung

Der A.R.T. verarbeitet personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-DSGVO. Die Verarbeitung der Daten dient der Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt; Art. 6 Abs. 1 Buchst. e EU-DSGVO. Der A.R.T. hat die Aufgabe, innerhalb seines Entsorgungsgebietes, Abfälle zu erfassen und zu entsorgen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist die Erhebung von Gebühren und die damit einhergehende Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich. Rechtsgrundlage hierfür ist neben der EU-DSGVO das Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz.

Die Daten werden ausschließlich für die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben des A.R.T. genutzt.

4. Datenempfänger

Innerhalb des A.R.T. erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf personenbezogene Daten, die diese zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung benötigen. Auch externe Dienstleister können zu diesem Zweck personenbezogene Daten erhalten, wenn sie Garantie dafür bieten, dass geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung im Einklang mit der EU-DSGVO erfolgt und den Schutz der Rechte der betroffenen Person gewährleistet.

Es findet keine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland (Staaten außerhalb der Europäischen Union bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum) statt.

5. Betroffenenrechte

Jeder Betroffene hat in Bezug auf seine personenbezogenen Daten im Umfang der Bestimmungen der EU-DSGVO das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Widerspruch.

Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO: Die betroffene Person hat nach Art. 15 Abs. 1 das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, hat sie ferner ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die Informationen gemäß Art. 15 Abs. 1 Buchst. a bis h EU-DSGVO.

Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO: Sollten die verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig oder unter Berücksichtigung der Verarbeitungszwecke unvollständig sein, besteht nach Art. 16 EU-DSGVO das Recht, eine Berichtigung bzw. eine Vervollständigung der personenbezogenen Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO: Nach Art. 17 Abs. 1 EU-DSGVO besteht das Recht, eine Löschung personenbezogener Daten zu verlangen, wenn die Verarbeitung

personenbezogener Daten aus einem der in dieser Vorschrift genannten Gründe unzulässig ist. Eine Löschung kann nicht verlangt werden, sofern die (weitere) Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist (Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO). Hierbei kommen insbesondere gesetzliche Aufbewahrungspflichten in Betracht.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO: Unter den Voraussetzungen des Art. 18 Abs. 1 Buchst. a bis d EU-DSGVO hat die betroffene Person die Möglichkeit, die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) zu verlangen. Dies kann z. B. dann der Fall sein, wenn die betroffene Person die beim Beitragsservice gespeicherten Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt und diese deshalb noch nicht gelöscht werden sollen.

Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO: Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den A.R.T. ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e EU-DSGVO). Es besteht daher das Recht, gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen, sofern bei der betroffenen Person Gründe vorliegen, die sich aus ihrer besonderen persönlichen Situation ergeben. Der A.R.T. verarbeitet die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

6. Beschwerderecht

Im Falle von Datenschutzverletzungen hat jede betroffene Person das Recht bei folgender Aufsichtsbehörde Beschwerde zu erheben:

Landesbeauftragte für Datenschutz Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz